

<b>8.1 Vorgesehene Maßnahmen für den Fall der Betriebseinstellung (§ 5 Abs. 3 BImSchG)</b>
--

Anlagen:

- 8.1-Betriebseinstellung.pdf

**Kapitel 8.1**

**Vorgesehene Maßnahmen für den Fall der Betriebseinstellung (§ 5 Abs. 3 BImSchG)**

Gemäß § 5 Abs. 3 BImSchG sind genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten, zu betreiben und stillzulegen, dass auch nach einer Betriebseinstellung:

- von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können,
- vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden und
- die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Anlagengrundstücks gewährleistet ist.

Die grundlegende Vorgehensweise zur Erfüllung der vorgenannten Anforderungen ist im Folgenden dargestellt.

Bei der Einstellung des Betriebes (Stilllegung) ist die Demontage der maschinentechnischen Anlagenteile und wenn möglich, eine Weiternutzung des Baukörpers vorgesehen. Die Entsorgung oder Wiederverwertung aller Anlagenteile sowie der nicht weiter zu benutzenden Bauteilen erfolgt nach den dann gültigen rechtlichen Vorschriften.

**Vorgehensweise beim Rückbau der Anlage**

Bei einer Stilllegung der Sonderabfallverbrennungsanlage ist davon auszugehen, dass das Grundstück einer späteren Nutzung wieder zugeführt wird. Hierzu ist es ggf. erforderlich, die Anlagenteile zu demonstrieren und zu entfernen. Verlade- und Transportvorgänge finden nur in einem begrenzten Umfeld statt. Daher sind von den Arbeiten zur Demontage der Anlagen keine wesentlichen Umweltbelastungen zu erwarten. Für sämtliche Rückbauarbeiten bleibt anzumerken, dass sie in einem relativ kurzen Zeitraum durchgeführt werden können.

Bei einem völligen Rückbau werden die Stahlelemente an einen Verwerter abgegeben, der den Schrott als Rohstoff an die Stahlindustrie weitergibt. Die vorherige sachgerechte Entfernung und Entsorgung ggf. vorhandener Schadstoffe ist obligatorisch.

**Vorgesehene Maßnahmen zur Behandlung weiterer Stoffe bei Betriebseinstellung**

## Anlagen- und Betriebsbeschreibung

### 1. Teilgenehmigung

#### Antrag auf Errichtung und Betrieb gemäß § 16 BImSchG für die Errichtung einer neuen Rauchgasreinigung am Standort SAV Schöneiche

---

Neben den im bestimmungsgemäßen Betrieb anfallenden Altölen, fallen durch einen geordneten Rück- bzw. Teilrückbau weitere Stoffe an:

Restliche Betriebs- und Hilfsstoffe wie z.B.:

- Öle und Schmierstoffe,
- Chemikalien wie z.B. Kalkhydrat, Herdofenkoks etc.,

werden in den Handel zurückgegeben.

Bei den Rückständen aus der Anlagenreinigung wie z.B.:

- Rückstände aus den Siloanlagen der Betriebsmedien
- Rückstände aus der Reinigung der Ofen- und Kesselanlage

sowie den Rückständen aus der Anlagendemontage wie z.B.:

- Eisenschrott,
- Dämmmaterialien,
- Bauschutt,
- Kunststoffe,

erfolgt die Verwertung und/oder Beseitigung der Abfälle auf den zum Zeitpunkt der Betriebseinstellung vorhandenen Verwertungs- und Beseitigungswegen. Diese werden vor bzw. bei der Betriebseinstellung entsprechend der gültigen Rechtslage im Einvernehmen mit der zuständigen Genehmigungsbehörde abgestimmt.

Unabhängig dieser Vorgehensweise werden im Folgenden einige heute mögliche Verwertungswege aufgezeigt:

#### **Verwertung von Abfällen:**

Holzabfälle, Eisenschrott und Bauschutt werden ebenfalls der Verwertung zugeführt. Hydraulik- und Getriebeöl werden bei Vorliegen der entsprechenden Ölqualität verwertet.

#### **Beseitigung von Abfall:**

Getriebeöle und Hydrauliköle (sofern nicht verwertbar), Rückstände aus der Reinigung, Kunststoffe und Dämmmaterialien werden, sofern diese nicht einer Verwertung zugeführt werden können, einer ordnungsgemäßen Entsorgung zugeführt.

Hierbei werden die Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und des Abfallverbringungsgesetzes, der Gewerbeabfallverordnung sowie die sonstigen für Abfälle geltenden Vorschriften erfüllt.